

## Beschluss Raumordnungsverfahren für Deponie am Bültsee

Antragsteller\*in: Vorstand, Christiane Knabe, Rebecca Bräutigam (Rendsburg-Eckernförde KV)  
Tagesordnungspunkt: 9. Sonstige Anträge

### Antragstext

- 9 Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen:
- 10 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Rendsburg-Eckernförde fordert die zuständigen Ministerien,  
11 die Landtagsfraktion sowie den Landesvorstand dazu auf, bei der Planung der  
12 Deponie der Klasse I an der B76 in den Gemeinden Gammelby und Kosel auf  
13 Raumordnungsverfahren hinzuwirken. Umwelt-, Natur- und Wasserschutz als  
14 Interessen des Gemeinwohls dürfen nicht Opportunität und wirtschaftlichen  
15 Einzelinteressen hintenangestellt werden.

### Begründung

erfolgt mündlich

## Beschluss Unterstützung ostdeutscher Landesverbände

Gremium:	Vorstand
Beschlussdatum:	11.06.2019
Tagesordnungspunkt:	9. Sonstige Anträge

### Antragstext

- 16 Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen:
- 17 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Rendsburg-Eckernförde unterstützt ostdeutsche  
18 Landesverbände bei den anstehenden Landtagswahlen 2019. Zu diesem Zweck bemüht  
19 sich der Kreisverband Rendsburg-Eckernförde bei der Koordinierungsstelle des  
20 Bundesverbandes um einen Partnerkreisverband und unterstützt diesen je nach  
21 Bedarf und Kapazität mit personeller oder finanzieller Wahlkampfhilfe bis zu  
22 1.500€. Die Koordination erfolgt über die Kreisgeschäftsstelle ggf. in  
23 Zusammenarbeit mit dem Landesverband SH.

### Begründung

Während BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auch in Brandenburg, Sachsen und Thüringen bei der Europawahl Stimmen hinzugewonnen haben, bleiben die Ergebnisse doch weit hinter dem Bundesdurchschnitt zurück. Im Gegensatz zum Bundestrend hat die AfD in den genannten Ländern starke Erfolge verzeichnen können. Gerade für Bundesländern mit geringer Mitgliederdichte ist die Entsendung von Wahlkampfhelfern aus mitgliederstarken Landesverbände eine willkommene Unterstützung für eine erfolgreiche Kampagne. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Rendsburg-Eckernförde hoffen, auf diese Weise der Stärkung antidemokratischer Kräfte entgegenzuwirken.

## Beschluss Beweidung von Photovoltaikanlagen ermöglichen

Antragsteller\*in: Matthias Liess, Annette Robert, Bernd Robert, Achim Lorenzen, Lasse Bombien (Rendsburg-Eckernförde KV)  
Tagesordnungspunkt: 9. Sonstige Anträge

### Antragstext

- 24 Die Jahreshauptversammlung möge beschließen:  
25 Der Kreisverband stellt zum nächsten Landesparteitag folgenden Antrag:  
26 Die derzeitigen Bestimmungen und / oder Gesetze werden dahingehend  
27 geändert, dass eine Beweidung von Photovoltaik-Anlagen ermöglicht wird.

### Begründung

Bis Ende 2017 gab es 3,9 Mio. Photovoltaik-Anlagen in Deutschland, die rund 30 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> einsparen. Bis heute werden weitere Anlagen hinzugekommen sein. Viele dieser Anlagen stehen auf teils weitläufigen Arealen, auf denen Gras wächst, das gut gedeiht, weil es vor direkter Sonneneinstrahlung geschützt ist. Gerade bei der sommerlichen Hitzewelle des letzten Jahres konnte man feststellen, dass die Grasflächen auf diesen Anlagen weit weniger vertrocknet waren als anderswo. Wir alle wissen, dass frisches Gras letztes Jahr regelrecht Mangelware war.

Werden diese Flächen nun zur Beweidung von Schafen, Ziegen, etc. oder auch für Bienen freigegeben, haben wir eine "Win-Win-Situation". Tierhalter freuen sich über die Grasflächen und die Betreiber der Anlagen darüber, dass das Gras durch die Schafe kleingehalten wird und sie auch noch etwas Geld dafür bekommen. Ein niedriger Grasstand ist nämlich für die Photovoltaik-Anlagen extrem wichtig. Nicht zuletzt freut sich auch die Natur, weil es für eine Grünfläche nichts Besseres gibt, als von Tieren beweidet zu werden.

Bestehende Anlagen müssten für die Tiere entsprechend umgerüstet werden. Vor allem müssten alle Kabel, etc. für Tiere unzugänglich gemacht werden und die Solarpanelen bräuchten eine bestimmte Mindesthöhe. Neue Anlagen könnten gleich entsprechend gebaut werden.

Momentan werden die Photovoltaik-Anlagen als Gewerbeflächen ausgewiesen. Die Beweidung von Gewerbeflächen ist rechtlich aber schwer möglich. Wenn man nun beispielsweise diese Gewerbeflächen der Photovoltaik-Anlagen als gemischtwirtschaftliche Flächen (zu Gewerbe- und landwirtschaftlichen Flächen) umwidmet, ist eine Beweidung und Bienenhaltung leichter möglich.

Diese Idee ist auch nicht neu. Bereits 2014 hat die Bayrische Landesanstalt für Landwirtschaft mit weiteren Institutionen eine Studie hierzu in Auftrag gegeben. Tatsächlich genutzt werden Photovoltaik-Anlagen durch Beweidung aber kaum.

Als zusätzlichen Anreiz für die Betreiber sollte geprüft werden, ob man für den tiergerechten Umbau bestehender Anlagen Subventionen zur Verfügung stellt.

## Beschluss Klimanotstand im Kreis Rendsburg-Eckernförde

Antragsteller\*in: Matthias Liess, Annette Robert, Bernd Robert, Achim Lorenzen  
(Rendsburg-Eckernförde KV)  
Tagesordnungspunkt: 8.2. Anträge (Klima)

### Antragstext

- 54 Die Jahreshauptversammlung möge beschließen:
- 55 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern für die Ausgestaltung des Masterplans zum  
56 Klimaschutz den Kreis Rendsburg-Eckernförde zu intensiver Zusammenarbeit mit  
57 seinen Beteiligungen und den Kommunen auf, um gemeinsam die Zielsetzungen des  
58 Energiewende- und Klimaschutz Gesetzes zu erfüllen.

### Begründung

Auch andere Städte und Gemeinden, wie Kiel, Lübeck, Bad Segeberg, Konstanz, Basel, Vancouver und London haben in der Zwischenzeit den Klimanotstand ausgerufen, um die Klimakatastrophe effektiver bekämpfen zu können und um auf die Dringlichkeit der Klimaproblematik und deren Auswirkungen des menschlichen Handelns auf das Klima aufmerksam zu machen. Die Wissenschaft ist sich einig, dass zur Rettung eines gemäßigten Klimas auf der Erde nur noch knapp 10 Jahre verbleiben.

Der Landkreis Rendsburg-Eckernförde muss ebenfalls Maßnahmen zum Klimaschutz ausarbeiten und umsetzen, und sich strikt zu einer Klimapolitik bekennen.